

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Bundesvorstand Grüne Jugend
Beschlussdatum: 06.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 141 bis 142 einfügen:

Bereitstellung von Rettungsdiensten, die Unterbringung von Geflüchteten oder Jugendsozialarbeit müssen vollständig von Bund und Ländern übernommen werden. **Die Umsetzung der Bezahlkarte für Geflüchtete sorgt vielerorts für enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und Personalbedarf. Die Bezahlkarte werden wir so weiter entwickeln, dass sie - entsprechend des Hannoveraner Modells - für Leistungsempfänger*innen ohne Bankkonto eine Sozialkarte wird und dadurch eine tatsächlichen Entlastung der Kommunen bewirkt. Anspruchsberechtigte erhalten so einen diskriminierungsfreien Zugang zu bargeldlosen Zahlungen, während gleichzeitig die Auszahlungsprozesse vereinfacht werden.**